

Am 4. Juli begehen die Philippinen ihren 72. Unabhängigkeitstag. Auch wenn Präsident Rodrigo R. Duterte, der am 30. Juni zweijähriges Amtsjubiläum hatte, anderes versprach: Von der früheren Kolonialmacht USA hat sich das Land noch immer nicht emanzipiert.



Foto: dpa/Rouelle Uma

»Wer ist dieser dumme Gott?«

Der seit zwei Jahren amtierende Präsident der Philippinen sieht sich von Feinden umringt, die er bekriegt

Selbst der Internationale Strafgerichtshof nahm wegen möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit Untersuchungen gegen Duterte auf. Der beleidigt weiter, zuletzt die mächtige katholische Kirche im Land.

Von Rainer Werning

Rodrigo R. Duterte ist seit nunmehr zwei Jahren 16. Präsident der Philippinen. Bereits jetzt ist er als höchster Repräsentant eines Staates nicht zu toppender Weltmeister im unflätigen Beleidigen und Verfluchen seiner – tatsächlichen und/oder vermeintlichen – politischen Gegner. Wer immer seinen Groll erregt, wird mit dem F***-Wort bedacht, als »Hurensohn« abgekanzelt oder barsch aufgefordert, »die Schnauze zu halten«.

Vor seinem Einzug in Manilas Präsidentenpalast Malacañang hatte Duterte mehr als zwei Jahrzehnte lang in selbsterhellender Sheriff-Manier die Geschicke von Davao City gelenkt. Als Bürgermeister dieser etwa 1,5 Millionen Einwohner zählenden größten südphilippinischen Stadt war er stets um ein »sauberes« Stadtbild bemüht, wobei er und seine Getreuen in der Stadtverwaltung mit eiserner Faust gegen alle vorgingen, die ihrer Meinung nach diesem Image nicht ent-

sprachen – vor allem Straßenkinder, Kleinkriminelle und anderes »Gesindel«. Vorzugsweise ließ sich »Dingong«, wie Dutertes Fangemeinde ihn nennt, mit Besen und einer Uzi-Maschinenpistole im Anschlag ablichten, um so unmissverständlich seinen Allmachtsfantasien Nachdruck zu verleihen.

Bislang konnten sämtliche Recherchen und Untersuchungskommissionen nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen – darunter amnesty international und Human Rights Watch – dem Mann nichts anhaben, wonach während »Dingongs« Herrschaft weit über eintausend Personen dem gewaltsamen Treiben einer Todesschwadron, der sogenannten »Davao Death Squad«, zum Opfer fielen. Ganz im Gegenteil: Gewaltige Heerscharen von Pro-Duterte-Trolls sind heute in den sogenannten sozialen Medien rund um die Uhr damit befasst, Ruchbares mit der Gloriole eines langersehten Messias zu umhängen, und feiern sich und ihr Idol als »diehard Duterte supporters« (»knallharte Duterte-Unterstützer«).

Seinen überwältigenden Wahlsieg im Mai 2016 verdankte Duterte den großspurigen Versprechungen, das ganze Land von »Drogen, Kriminalität und Korruption« zu säubern und

es gemäß dem Ebenbilde Davaos umzugestalten. Untermauert wurde dieses Ansinnen mit der seinerzeit sehr populären Forderung, die aus der Ferne als imperial wahrgenommene Bastion Manila zu schleifen und den Einfluss der dortigen »trapos« – eine Abkürzung für »traditionelle Politiker«, was im Spanischen indes »Schmier« oder »Putzlappen« bedeutet – zurückzudrängen.

Wenngleich die gescholtenen »trapos« bislang unbehelligt blieben oder sich selbst ins Duterte-Lager begaben und Korruptionsvorwürfe in erster Linie gegen politische Gegner erhoben werden, geht der »Antidrogenkrieg« und der »Kampf gegen Kriminalität« in unverminderter Härte weiter. Tausende Tote – die Zahlen schwanken da allerdings beträchtlich zwischen 8000 und annähernd 20 000 – hat dieser »Antidrogenkrieg« seit Dutertes Amtseinführung gefordert. Die Opfer sind nahezu ausnahmslos arme Schlucker aus den Elendsvierteln, von denen vermutet wurde, dass sie Drogen nahmen beziehungsweise auf eigene Faust als Kleindealer agierten.

Bürgerrechtler und Menschenrechtsorganisationen haben es schwer, dagegen die Stimme zu erheben. Sie werden dann flugs von dem einstigen Menschenrechtsan-

walt und heutigen Regierungssprecher Harry Roque als »unwissentliche Instrumente« von Drogenbossen denunziert. Im Februar reagierte der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag auf eine vorliegende Klage und nahm Untersuchungen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen die philippinische Regierung auf. Daraufhin warf Duterte

»Wenn wir nicht länger mehr der Exekutive, der Legislative und der Judikative vertrauen können, sind wir auf uns selbst gestellt.«

Mary John Mananzan, Benediktinerschwester

dem ICC vor, mit seiner rechtlichen Zuständigkeit zu brechen und stieg ad hoc aus dem Internationalen Strafgerichtshof aus.

Da in dem vorwiegend christlichen Inselstaat die katholische Kirche eine mächtige Institution darstellt, die das Duterte-Lager im Gegensatz zur Legislative und Judikative (noch) nicht zu kontrollieren vermag, hat der Prä-

sident gegen sie jüngst schwere Geschütze aufgeföhren. Am 22. Juni erklärte der Präsident auf einer Konferenz in seiner Heimatstadt Davao mit Blick auf seine kirchlichen Kritiker und Gegner: »Wer ist dieser dumme Gott, der zunächst so viel Schönes und mit Adam und Eva die ersten Menschen auf der Erde erschuf, um sie dann durch eine verbotene Frucht zu zerstören? Was ist das für eine Logik? Das ist mein Gott nicht!« Das erregte selbst bei Getreuen des Präsidenten Unmut. Senator Panfilo Lacson, der dem politischen Lager Dutertes angehört, schämte sich für den Präsidenten und wünschte in einem kurzen Statement, »dass Gott ihm verzeihen und seine Sünden vergeben möge«.

Unmissverständlicher fiel bereits vorher die Kritik am Regierungsstil des Präsidenten seitens der rührigen Benediktinerin, Frauenrechtlerin und Altaktivistin Schwester Mary John Mananzan aus, die Mitte Mai auf einer Protestkundgebung in Manila erklärt hatte: »Wenn wir nicht länger mehr der Exekutive, der Legislative und der Judikative vertrauen können, sind wir auf uns selbst gestellt. Wir werden wie eine Atombombe wirken, wenn wir eine entsprechend kritische Masse bilden. Da bedarf es nur noch einer Zündschnur.«

Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien, ist u.a. Ko-Herausgeber des im Herbst in mittlerweile 6. Auflage erscheinenden Handbuchs Philippinen (Berlin: regiospectra).

(Neo-)Koloniale Kontinuitäten

Am 4. Juli 1946 entließen die USA ihre einzige Kolonie in Südostasien in die Unabhängigkeit – 72 Jahre später sind sie dort noch immer sehr präsent

Auch wenn der philippinische Präsident Duterte sich anti-US-amerikanischer Sprache bediente, die USA weiten ihre Spezialoperationen im Land aus.

Während des Zweiten Weltkriegs waren etwa 260 000 Filipinos in unterschiedlichen Guerillaorganisationen aktiv. Ein noch größerer Teil der Bevölkerung hatte sich heimlich im antijapanischen Untergrund engagiert. Die mit Abstand größte und bedeutendste Guerillaorganisation war die Hukbalahap (Huk = Anti-japanische Volksarmee). Bei Kriegsende gingen ihre Kämpfer davon aus, zumindest als formidabile Kraft im Widerstand gegen die japanischen Besatzer gewürdigt, wenn nicht gar entschädigt zu werden.

Doch einer der ersten Befehle, die der Chef der United States Armed Forces in der Far East (USAFFE), General Douglas MacArthur, nach der

verlustreichen Einnahme Manilas und noch vor der Kapitulation Japans an die Adresse der Huk gerichtet hatte, lautete, ihre Waffen unverzüglich zu strecken und diese den USAFFE-Einheiten. Weigerten sich Huk-Kämpfer, dieser Order nachzukommen, wurden sie als »Banditen« behandelt.

Kein Wunder, dass sich die Huk Ende der 1940er Jahre in Volksbefreiungsarmee (Hukbong Mapagpalaya ng Bayan, HMB) umbenannte und fortan die Regierung und US-Streitkräfte auf den Inseln bekämpfte. Erst Mitte der 1950er Jahre gelang es den Regierungstreitkräften, der HMB das Rückgrat zu brechen.

Nach Kriegsende stützten sich die USA auf altbewährte Gefolgsleute, um mit ihnen das Land in eine Unabhängigkeit zu führen, welche die grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen der Kolonialmacht wahrte. Bevorzugt griff MacArthur deshalb auf vormalig loka-

le pro-japanische Elemente aus Politik und dem Polizeiparapparat sowie auf eingefohrene »Aufstandsbekämpfungsstrategen« zurück. Die pro-japanischen Persönlichkeiten in die Gestaltung der Nachkriegsordnung hatten den Vorteil, dass sie manipulierbar und erpressbar waren. Insbesondere Manuel Roxas machte unter diesen Umständen eine steile Karriere.

Roxas, vor dem Krieg Politiker und Ex-Brigadegeneral in der Armee, war während der japanischen Okkupation ein hochrangiges Mitglied des Marionettenregimes. Ihm oblag es, die japanischen Truppen mit Reis zu versorgen. Nach dem Krieg wurde er zunächst mitsamt weiteren etwa 5000 Kollaborateuren von US-Militärs gefangen genommen, schon bald aber auf Anweisung von MacArthur wieder auf freien Fuß gesetzt. Roxas war so etwas wie der Liebling MacArthurs, der das politische Comeback des Zöglingstatkträfig förderte.

Mehr als eine Viertel Million Filipinos hatten vor und nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor Treueide auf die USA geleistet und damit ihr Schicksal an das der US-Streitkräfte gekoppelt. Im Gegenzug für diese Loyalität stellte die Regierung in Washington den philippinischen Soldaten nach Kriegsende dieselbe Behandlung wie die ihrer amerikanischen Waffengefährten in Aussicht. Das sollte sowohl Entschädigungen als auch eine angemessene Krankenversicherung und Rente betreffen.

Doch bereits im Februar 1946 war im US-Kongress der Rescission Act (Aufhebungsgesetz) verabschiedet und von Präsident Truman unterzeichnet worden, der genau das Gegenteil beinhaltete. Abgesehen von selektiv gezahlten Entschädigungen für Tote und Verwundete war das ein Affront gegen die philippinischen Veteranen. Sie hatten im Krieges die Hauptlast getragen und im Kampf ge-

gen einen übermächtigen Feind ausgeharrt, nachdem das US-Oberkommando die Inseln verlassen und in Australien Quartier bezogen hatte.

Nicht nur die Kriegsveteranen wurden betrogen und zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt. Das von US-Präsident Roosevelt im August 1943 abgegebene Versprechen, die Philippinen in den Genuss einer vollen Entschädigung der angerichteten Kriegsschäden kommen zu lassen, wurde ebenfalls nicht eingehalten. Die wirtschaftliche Hegemonie der USA über die politisch »unabhängig« gewordene Neokolonie blieb bestehen – vor allem wegen der Erpressbarkeit des nunmehrigen Präsidenten Roxas. In seine Amtszeit fiel die Entscheidung, den USA den Unterhalt und Ausbau militärischer Stützpunkte zu gestatten und ihnen dafür ausreichend Land auf der Basis eines 99 Jahre währenden Pachtvertrags zur Verfügung zu stellen. Unterzeichnet wurde dieser

»Vertrag zur Regelung der allgemeinen Beziehungen« offiziell am 14. März 1947.

Aller anti-amerikanischen Rhetorik zum Trotz, derer sich einzig und allein Präsident Duterte in seinem ersten Amtsjahr zeitweilig bediente, endet Manilas Innenpolitik dort, wo Washingtons Außen- und »Sicherheits«politik beginnt. Beispielhaft dafür ist die Anfang dieses Jahres publik gewordene Operation Pacific Eagle. Konzipiert als Erweiterung des Kampfes gegen den Islamischen Staat (IS) und die mit ihm in Südostasien liierten Gruppierungen, hat die Operation Pacific Eagle laut einem Bericht der US-Regierung fortan zur Folge, dass US-geführte Spezialoperationen philippinische Armeeverbände auch und gerade bei ihren Einsätzen gegen die Neue Volksarmee (NPA), die Guerilla der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), begleiten – wie bereits vor sieben Jahrzehnten. rwe